

Wie Volkes Wille gebildet wird

Politische Bildung ist in der Bundeswehr Pflicht. Soldatinnen und Soldaten sollen nicht nur kämpfen *können*, sondern auch kämpfen *wollen*, weil die freiheitliche Ordnung, die sie verteidigen, es wert ist. Der Staatsbürger in Uniform, so die Idee der Inneren Führung, weiß, wofür er kämpft. Oder müsste es wissen. Politische (und ethische und historische) Bildung soll helfen, dass jedem Soldaten und jeder Soldatin wirklich bewusst ist, worum es geht.

Zu Zeiten des Kalten Krieges, vor 1990, mögen die Fronten klarer gewesen sein. Heute scheint der Wert von Freiheit und Demokratie weniger scharf konturiert. Unser demokratischer Staat scheint sowieso unanfechtbar, er lässt sich kostenlos verächtlich machen. Auch wer sich vornehm distanziert vom regelhaften Streiten und mühsamen Kompromisse-Machen, verliert ja individuell nichts von dem, was er so geringschätzt.

Aber unsere Ordnung der Freiheit existiert nicht nur durch Paragraphenwerk und Institutionengefüge, sie braucht von ihren Staatsbürgern den Willen zur Demokratie. Wenn Extremismus oder auch nur Gleichgültigkeit überhandnehmen, ginge die Freiheit wieder verloren.

Ist das schwer zu vermitteln? Ich glaube nicht. In vielen Jahren im Bundestag hatte ich Hunderte von Schulklassen aus meinem Wahlkreis zu Besuch in Berlin. In der einen Stunde, die jeweils für den Programmpunkt „Gespräch mit dem Abgeordneten“ reserviert war, habe ich oft versucht, die *Basics* zu thematisieren. Zum Beispiel die Willensbildung im Bundestag – im Namen des Volkes: „Ich hoffe, ihr wisst, dass ich immer recht habe. Ich allein. Sonst niemand.“ Ungläubiges Staunen. „Und was jeder von euch meint, ist mir völlig egal. Das interessiert niemanden.“ Protest. „Okay, ich geb's zu, ich habe gar nicht immer recht. Und selbst wenn ich persönlich finde, dass ich total recht habe, beschließt der Bundestag manchmal trotzdem etwas ganz anderes. Sogar die Mehrheit in meiner Fraktion ist gelegentlich anderer Meinung als ich. Aber wisst ihr was? Das ist in Ordnung! Ich finde natürlich, dass ich der Allerklügste bin, aber das finden die anderen von sich auch. Und die haben oft sogar ganz gute Argumente für ihren Antrag, in den sie ihre Meinung geschrieben haben. Darüber streiten wir dann, ich mit meinen Argumenten, die anderen mit ihren. Und nicht selten gibt's sogar noch mehr als nur zwei Seiten



© Deutscher Bundestag / photothek / Ute Grabowsky

bei so einer politischen Diskussion. Manchmal gibt es dann einen Kompromiss, dem die einen und die anderen gemeinsam zustimmen können. Schließlich braucht so ein Parlamentsantrag am Ende immer eine Mehrheit, sonst nützt es nichts.“ Kopfnicken.

„Wenn ich im Bundestag immer nur Anträgen zustimmen wollte, die ich selbst zu 100 Prozent toll finde, dann könnte ich fast nie zustimmen. Aber in der parlamentarischen Demokratie geht es ja nicht um wahr oder falsch, wie etwa in der Wissenschaft, sondern um besser oder schlechter – und darum, das zu beschließen, was eine Mehrheit der Abgeordneten im Augenblick für das Bessere hält. Wer die Entscheidung dann falsch findet, kann selbstverständlich bei seiner Meinung bleiben. Niemand wird erschossen. Damit ist Deutschland die letzten 70 Jahre ganz gut gefahren.“ Bei den Schülern: Nachdenkliches Nicken.

So in der Art, stelle ich mir vor, müsste es möglich sein, auch in der Kaserne politische Bildung durchzuführen. Durch die Vorgesetzten selbst. Nicht distanziert, sondern engagiert: Es geht um die demokratischen Regeln, die unsere Freiheit garantieren, solange wir sie kennen, mögen, verteidigen – und dem grassierenden Volksgemeinschaftswahnsinn entgegentreten.

Hans-Peter Bartels,
Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages